

**Interpellation Borghi-Flums / Herzog-Thal / Helfenberger-Waldkirch:  
Kostenexplosion bei schulergänzender Kinderbetreuung – Überforderung kleiner Schulgemeinden?**

Die öffentlichen Haushalte im Kanton St.Gallen stehen zunehmend unter Druck. Sowohl der Kanton als auch viele Gemeinden sehen sich mit steigenden Ausgaben, wachsenden strukturellen Verpflichtungen und begrenztem finanziellem Handlungsspielraum konfrontiert. Gerade kleinere Schulträger verfügen oft nur über eine schmale finanzielle Basis und sind besonders anfällig für zusätzliche Belastungen.

Vor diesem Hintergrund wird der Ausbau der schulergänzenden Kinderbetreuung politisch weiter vorangetrieben. Was ursprünglich als unterstützendes Angebot gedacht war, entwickelt sich vielerorts zu einer kostenintensiven staatlichen Aufgabe mit stetig wachsender finanzieller Belastung für Gemeinden und Steuerzahler.

Insbesondere kleine Schulträger geraten dadurch zunehmend unter Druck: Aufgrund tiefer Kinderzahlen und schwankender Nachfrage lassen sich Betreuungsangebote meist nicht kostendeckend führen. Gleichzeitig entstehen fixe Kosten für Personal und Infrastruktur, unabhängig von der tatsächlichen Nutzung. Dies führt zu strukturellen Defiziten, welche langfristig die finanzielle Stabilität dieser Gemeinden gefährden können.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch sind die jährlichen Gesamtkosten sowie die ungedeckten Defizite der schulergänzenden Kinderbetreuung der einzelnen Schulträger/Trägerschaften im Kanton St.Gallen?
2. Wie sieht der finanzielle Druck explizit bei kleineren Gemeinden wie Muolen, Berg, Amden, Präfers, Krinau usw. aus?
3. Wie hoch sind die Vollkosten pro betreutem Kind bzw. pro Betreuungsstunde in diesen Gemeinden?
4. Wie gross ist der Anteil der Kosten, der durch Elternbeiträge gedeckt wird, und wie hoch ist der verbleibende Anteil zulasten der öffentlichen Hand?
5. Welche Unterschiede bestehen im Vergleich zu grösseren Gemeinden hinsichtlich Effizienz und Kostendeckung?
6. Welche konkreten finanziellen Verpflichtungen entstehen für Gemeinden durch kantonale Vorgaben oder politische Zielsetzungen in diesem Bereich?
7. Wo sieht die Regierung konkrete Einsparpotenziale sowohl auf Ebene des Kantons als auch der Gemeinden in der schulergänzenden Kinderbetreuung?
8. Welche Massnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um eine weitere Kostensteigerung zu verhindern und die Eigenverantwortung der Eltern zu stärken?
9. Wie beurteilt die Regierung den weiteren Ausbau der schulergänzenden Kinderbetreuung, und inwiefern sieht sie Möglichkeiten, diesen stärker nachfrageorientiert auszugestalten sowie konkrete Sparmassnahmen aufzuzeigen, um die finanzielle Belastung für Kanton und Gemeinden zu reduzieren?»

8. Juni 2026

Borghi-Flums  
Herzog-Thal  
Helfenberger-Waldkirch